

Darüber wird in den Gemeinden abgestimmt

ABSTIMMUNGEN In Cham, Unterägeri, Steinhausen und Hünenberg geht es am Sonntag, 25. September, um mehr als die eidgenössischen oder kantonalen Vorlagen. Hier werden darüber hinaus gemeindliche Projekte behandelt. Was wo zur Diskussion steht, zeigt diese Übersichtsseite.

ANDREA MUFF, RAHEL HUG, CARMEN ROGENMOSER
redaktion@zugerzeitung.ch



Es wird gebaut: So soll dereinst das Papieri-Areal in Cham aussehen (Bild links). Auf der Zimel-Wiese in Unterägeri (Bild rechts, oben) ist ein verdichtetes Wohnquartier geplant, und in Steinhausen könnten die Fussballplätze demnächst erweitert werden (Bild rechts, unten).

Bilder Stefan Kaiser/Visualisierung PD

Zug wächst. Das ist nicht nur an den vielen Baukränen, die im ganzen Kanton verteilt aufgestellt sind, sichtbar, sondern auch an vier der insgesamt fünf gemeindlichen Abstimmungsvorlagen. In Cham und Unterägeri stehen Bebauungspläne im Zentrum, und in Steinhausen soll ein Baukredit für die Sanierung und die Erweiterung der Sportanlagen gesprochen werden. In Hünenberg hingegen befinden die Einwohner über die Einführung einer Gemeindeordnung.

Hinzu kommt am 25. September die Ersatzwahl für den Kantonsrat in Unterägeri. Mit René Kryenbühl (SVP) und Franz Müller (parteilos) bewerben sich zwei Kandidaten für den Sitz.

Cham

In der Ennetseegemeinde soll auf dem Papieri-Areal ein neues Wohn- und Arbeitsquartier entstehen. Innerhalb von 15 Jahren sollen rund 900 bis 1250 Arbeitsplätze und rund 900 bis 1200 Wohnungen (inklusive 100 preisgünstiger) auf dem 12 Hektaren grossen Areal gebaut werden. Dazu gehören auch 1710 Parkplätze inklusive 20 Car-sharing-Plätzen sowie 4400 Veloabstellplätzen, die laut Bebauungsplan realisiert werden. Insgesamt schafft dies laut Abstimmungsvorlage Wohnraum für 1800 bis 2400 Personen. Das Projekt sieht zudem vor, dass acht historische Bauten unter Schutz gestellt werden. Ausserdem soll das Gebäude der Papiermaschine 5 an der südlichen Lorzen-seite ebenfalls erhalten bleiben und umgenutzt werden. Die Eigentümerin,

die Cham Paper Group, hat zusammen mit dem Gemeinderat den vorliegenden Bebauungsplan erarbeitet. Die Planungsschritte wurden in vier öffentlichen Mitwirkungen von der Bevölkerung kommentiert. Während der öffentlichen Auflage gingen 13 Einwendungen gegen den Bebauungsplan ein. Davon sind 6 bestehen geblieben.

Die Abstimmung über den Bebauungsplan Papieri-Areal ist in zwei Fragen gegliedert, die beide mit Ja beantwortet werden müssten, damit das Areal zu



einem Wohn- und Arbeitsgebiet werden kann. Die erste Frage beinhaltet die Teiländerung der Bauordnung und des Zonenplans und die zweite den Bebauungsplan. Die Vorstände der örtlichen Parteien - SVP, FDP, GLP - empfehlen die beiden Fragen zur Annahme. Die SP und das Krifo sind dagegen. Die CVP will ihre Empfehlung erst nach der Delegiertenversammlung bekannt geben.

In Cham steht noch eine weitere bauliche Angelegenheit zur Abstimmung: die Teiländerung des Bebauungsplans Seehofstrasse/Zugerstrasse. Hier geht es um drei Gebäude, für die ein gemeinsamer Bebauungsplan von 1999 gilt. Dieser eignet sich laut diversen Machbarkeitsstudien nicht mehr, die Grundstücke zu überbauen. Die Ortsparteien SP, Krifo, SVP, FDP und der Gemeinderat empfehlen deshalb die Teiländerung zur An-

nahme. GLP und CVP haben sich gegenüber unserer Zeitung nicht dazu geäußert.

Unterägeri

Ähnlich wie in Cham soll auch in Unterägeri in den kommenden 15 bis 20 Jahren ein neues Quartier entstehen. Zwar ist die Dimension nicht ganz so gross wie in Cham, für das Ägerital aber nicht minder bedeutend. Auf der Zimel-Wiese sollen mit Hilfe eines Bebauungsplans 40 Wohngebäude mit maximal 264 Wohnungen und 7 Tiefgaragen entstehen. Die Korporation Unterägeri ist Eigentümerin des umfassenden Baugebietes. «Die Korporation bietet Land und Mietobjekte zu günstigen Konditionen (Baurecht) an», heisst es in der entsprechenden Broschüre. Im Zentrum des Bebauungsplans stehen ein nachhaltiges Energiekonzept und eine ökologische Bauweise. Besonderes Augenmerk gilt der Freiraumgestaltung, die das Quartier dereinst aufwerten soll. Als Instrument ermöglicht der Bebauungsplan verdichtetes Bauen. Er wurde zusammen mit dem Gemeinderat, dem Ortsplaner und der Baudirektion des Kantons erarbeitet.

Bereits im Rahmen der Zonenplanrevision 1988 wurde ein Teil des heutigen Baugebietes Zimel eingezont. Die übrige Einzonung innerhalb des Perimeters für den Bebauungsplan erfolgte im Jahr 2008. An der Korporationsgemeindeversammlung vom Mai wurde dem Plan bereits zugestimmt. Anschliessend hätte er vor die Gemeindeversammlung kommen sollen. Ein Bürgerkomitee sammelte aber Unterschriften

und erwirkte, dass über den Bebauungsplan sowie die Zonenplanänderung mit Änderung der Bauordnung im Gebiet Zimel nun an der Urne abgestimmt wird.

Die Unterägerer Ortsparteien - FDP, SVP, CVP, SP und Alternative-die Grünen - stellen sich geschlossen hinter den Bebauungsplan und proklamieren, ein Ja in die Urne zu legen.

Steinhausen

Sportliches kommt in Steinhausen zur Abstimmung, denn dort wird über den Baukredit von 6,1 Millionen Franken für die Erweiterung und die Sanierung der Sportanlagen befunden. Zusammen mit einem Planungsbüro, Fachpersonen und Vertretern der drei betroffenen Sportvereine hat der Gemeinderat eine Vorlage ausgearbeitet. Die Fussballfelder im Eschfeld sollen durch ein Kunstrasen- und ein Naturrasenspielfeld ersetzt werden. Die neuen Plätze würden die Mindestvorgaben des Schweizerischen Fussballverbandes für Meisterschaftsspiele erfüllen. Das bestehende Klubhaus soll für dieses Vorhaben zurückgebaut und entlang der Eschfeldstrasse neu errichtet werden. Diese Arbeiten werden vom Sportclub Steinhausen übernommen. Die bestehende Tennisanlage im Sunnegrund soll saniert werden und wird um zwei Spielfelder erweitert. Diese werden mit einem Allwetterbelag ausgelegt. Des Weiteren soll auf der Spielwiese im Feldheim eine Beachvolleyballanlage mit zwei Feldern realisiert werden.

Bei Annahme des Kredits ist der Baubeginn Anfang 2017 vorgesehen. Die Spielfelder werden in Etappen erstellt

respektive saniert. Bei planmässiger Umsetzung könnte die Infrastruktur bis Ende 2018 in Betrieb genommen werden. Neben dem Gemeinderat empfehlen auch die Vorstände der örtlichen SVP, CVP, FDP und der Grünen die Vorlage zur Annahme. SP und GLP haben sich unserer Zeitung gegenüber nicht zu der Vorlage geäußert.

Hünenberg

In Hünenberg kommt die neue Gemeindeordnung zur Abstimmung. Das teilrevidierte Gemeindegesetz verpflichtet die Gemeinden, eine solche zu erlassen. Dabei handelt es sich um eine Art Grundgesetz oder eine Verfassung auf Gemeindeebene. Sie regelt die Grundorganisation sowie die Zuständigkeiten und Kompetenzen der kommunalen Organe und Behörden. «Für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger liegt der Wert der Gemeindeordnung darin, dass sie sich an einer einheitlichen und übersichtlichen Grundordnung orientieren können», schreibt der Gemeinderat in der Abstimmungsvorlage. Ziel ist es, «die Politik des Gemeinderats breiter abzustützen, die politische Transparenz zu verbessern und die Kontrolle zu stärken».

Auf der Basis einer Mustergemeindeordnung hat die Hünenberger Exekutive ein solches Rechtsinstrument erarbeitet. Anschliessend hat der Gemeinderat die Vorlage in die Vernehmlassung gegeben. Die nun vorliegende Gemeindeordnung ist breit abgestützt: Sämtliche anwesenden Parteien haben sich an einer Orientierungsveranstaltung im Januar mit dem Entwurf einverstanden erklärt.